



Interview mit Rudolf Henke

**Internist, Vorsitzender des
Marburger Bundes und Mitglied
des Deutschen Bundestages**



Rudolf Henke (**RH**), derzeit auch Mitglied des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages, stellte sich nachfolgend den Fragen des Vorsitzenden der Stiftung LebensBlicke, Professor Dr. J. F. Riemann (**JFR**).

JFR: Das Präventionsgesetz hat lange auf sich warten lassen, obwohl den allermeisten klar ist, dass Prävention ein extrem wichtiges Thema nicht nur der Gesundheitsvorsorge ist. Waren die Gründe dafür aus Ihrer Sicht eher politischer Natur?

RH: Es ist mein Ziel, dass Prävention im Gesundheitswesen bei Versicherten, Ärzten, Krankenkassen und den gesellschaftlichen Akteuren einen neuen Stellenwert erhält. Dazu gab es in der Vergangenheit verschiedene Anläufe. Mit dem Gesetz zur Förderung der Prävention haben wir schon in der vergangenen Legislaturperiode im Bundestag ein Gesetz beschlossen, das diesem Gedanken Rechnung trug. Kurz vor der Bundestagswahl fand dieses aber im Bundesrat keine Zustimmung von Seiten der SPD und den Grünen. Jetzt bin ich zuversichtlich, dass das nun in die parlamentarische Beratung gehende Präventionsgesetz die Vielzahl der unterschiedlichen Interessen im Bereich der Prävention zusammenbringen kann.

JFR: Was sind für Sie die wichtigsten Verbesserungen?

RH: Mit dem Präventionsgesetz werden künftig mehr Menschen denn je von qualitätsgesicherten Gesundheitsförderungsangeboten und Präventionsleistungen profitieren. Dazu sollen die Krankenkassen ihre Leistungen für Prävention und Gesundheitsförderung mehr als verdoppeln. Diese sollen auch zielgenauer auf wirksame Maßnahmen und solche Bevölkerungsgruppen konzentriert werden, die bisher schlecht erreicht wurden. Wichtig sind außerdem die Verbesserungen der Gesundheitsuntersuchungen bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Sie werden künftig verstärkt auf die Erfassung von gesundheitlichen Belastungen und Risikofaktoren wie Übergewicht, Bewegungsmangel, Rauchen, übermäßiger Alkoholkonsum oder starker psychosozialer Stress ausgerichtet, da bereits lange vor dem Auftreten einer Erkrankung gesundheitliche Risikofaktoren und Belastungen vorliegen können.

JFR: Ist die geplante Nationale Präventionskonferenz das richtige Instrument, um sich über gemeinsame Ziele zu verständigen?

RH: Die geplante Präventionskonferenz soll mit Rahmenempfehlungen für Prävention und Gesundheitsförderung gemeinsame Ziele sowie vorrangige Handlungsfelder und Zielgruppen festlegen. Ziel ist dabei die Schaffung einer Struktur für eine dauerhafte, verbindliche und zielorientierte Kooperation der Sozialversicherungsträger unter Einbeziehung weiterer verantwortlicher Akteure. Wir müssen uns im Gesetzgebungsprozess anschauen, ob die Zusammensetzung der Nationalen Präventionskonferenz noch genauer geregelt werden muss. Beispielsweise hielte ich eine stärkere Einbindung ärztlichen Sachverständs für wünschenswert.

JFR: Krankenkassen sollen ihre Ausgaben für Präventionsmaßnahmen mehr als verdoppeln. Wer soll und wie kann man das kontrollieren?

RH: Mit der Erhöhung des gesetzlich vorgeschriebenen Ausgabenrichtwertes erhalten die Kassen mehr Freiräume zur Ausgestaltung ihres Präventionsangebotes und die Möglichkeit, sich im Wettbewerb durch ein hohes Präventionsengagement hervorzuheben. Bereits heute geben die Kassen im Schnitt 3,82 Euro pro Versichertem für gesundheitsfördernde und präventive Maßnahmen aus, womit der Richtwert von 3,01 Euro deutlich überschritten wird. Daneben werden die Krankenkassen erstmals verpflichtet, einen Mindestbetrag von jährlich zwei Euro je Versicherten für Leistungen zur betrieblichen Gesundheitsförderung aufzuwenden. Sofern die Ausgaben einzelner Krankenkassen diesen Mindestbetrag nicht erreichen, kommen die nicht verausgabten Mittel der Förderung regionaler Koordinierungsstellen für betriebliche Gesundheitsförderung zugute.

JFR: Gibt es bereits konkrete Vorstellungen, wie Früherkennungsuntersuchungen für Kinder und Jugendliche weiterentwickelt werden können, z.B. beim Impfschutz? Gerade im Bereich der HPV-Impfung haben wir in Deutschland ein großes Defizit.

RH: Am wichtigsten ist aktuell sicher die Intensivierung der Masernimpfung. Wir müssen alles dafür tun, den Schutz zu vervollständigen. Dazu gehört auch die Prüfung einer Impfpflicht für den Besuch von Gemeinschaftseinrichtungen wie Schulen oder Kindertagesstätten.

JFR: Mit dem KFRG ist ja eine entscheidende Weichenstellung für die Darmkrebsvorsorge und Früherkennung vollzogen worden. Ist es nach Ihrer Einschätzung realistisch, eine Umsetzung in 2016 zu erwarten?

RH: Ich stelle mich darauf ein, dass der GBA bis dahin die notwendigen Entscheidungen getroffen hat.

JFR: Die informierte Entscheidung wird ein Grundpfeiler für das Einladungsverfahren sein. Würde ein Arzt in Kenntnis der bisherigen Ergebnisse einem Ratsuchenden gegenüber neutral bleiben können?

RH: Wir Ärztinnen und Ärzte sollen informierte Entscheidungen der Menschen in gesundheitlichen Belangen erleichtern und ermöglichen. Das setzt vertrauenswürdige Informationen voraus. Wir sind nicht dazu da, Menschen zu manipulieren. Empathie und Neutralität sind kein Gegensatz.

JFR: Prävention war bisher ja eigentlich kein Thema, das Ärzte besonders bewegt hat. Könnte sich das als Folge eines möglichen Paradigmenwechsels ändern?

RH: Diese Entwicklung hat schon lange begonnen.

JFR: Sehen Sie für die ärztliche Aus- und Weiterbildung in diesem Zusammenhang Nachholbedarf?

RH: Das nicht, aber für die konkrete Anwendung des vermittelten Wissens.

JFR: Welche Schwerpunkte sehen Sie für diese Legislaturperiode in der Gesundheitspolitik, für die Sie sich engagieren werden?

RH: Neben der Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention möchte ich meinen Beitrag dazu leisten, dass die Patientinnen und Patienten auch in Zukunft flächendeckend medizinisch gut versorgt werden. Dazu müssen wir beispielsweise den Verantwortlichen vor Ort mehr Möglichkeiten geben, stärkere Anreize für eine Niederlassung in unterversorgten oder strukturschwachen Gebieten zu setzen. In meinen Jahren als Arzt am Krankenbett habe ich viele Probleme des Alltags unter einem besonderen Blickwinkel kennengelernt. Diese Perspektive möchte ich in der Gesundheitspolitik stärker zur Geltung bringen.

JFR: Herzlichen Dank für das hochinteressante und aufschlussreiche Gespräch!